

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages, / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Allerlei Unterhaltungsblatt“. — Versuchspreis: Monatlich für Abnehmer 1,25 M., durch Post ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streifen usw. ersicht jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Versuchspreises.



Anzeigenpreis: Die halbpaltene Postzeile oder deren Raum 15 Pfg., die Spaltene Reklamezeile 40 Pfg., Ausnahmestriche 50 Pfg. / Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiederbelegung unbedingt geschiebeener oder durch Falschdruck aufgetragener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Druckgebühren: 10.— Mtl. das Laufend, zusätzlich Polzeiliger Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg,

das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 142

Dienstag, den 1. Dezember 1931

33. Jahrg.

Verkaufssonntage.

Für den Weihnachtsgeschäftsverkehr in nunmehr auch der 3. Sonntag vor Weihnachten freigegeben worden. Die hiesigen Geschäfte sind somit am 6., 13. und 20. Dezember von 7 $\frac{1}{2}$ —8 $\frac{1}{2}$ und von 11—18 Uhr zum Verkauf geöffnet. Kemberg, den 30. November 1931.

156] Der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde.

Nach der Polizeiverordnung über Kleinbahnen ist das Betreten des Bahnkörpers insbesondere das Uebersteigen des Gleises an anderen Stellen als an den Uebergängen, verboten und strafbar. Kemberg, den 28. November 1931.

157] Der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde.

Preußischer Landtag.

Berlin, 28. November

Die Sitzung des Preussischen Landtages fand im Zeichen umfangreicher Abstimmungen. Vor Eintritt in die Tagesordnung verlangten die Kommunisten sofortige Beratung ihrer Anträge auf Aufhebung des Verbots des Roten Frontkämpferbundes und aller Beeinträchtigung der Presse- und Redefreiheit sowie wegen angeblicher Mißstände in der Erziehungsanstalt Templin. Die Beratung scheiterte am Widerspruch der Sozialdemokraten, der von den Kommunisten mit Värm quittiert wurde.

Der Landtag nahm hierauf die Wahl seines Präsidenten vor, für die von der sozialdemokratischen, als fünften Fraktion des Hauses der Abg. Wittmaack vorgeschlagen ist. Die Auszählung ergab die Wahl des Abg. Wittmaack (Soz.) mit 250 Stimmen.

Abg. Wittmaack nimmt die Wahl an. Er begibt sich sofort auf den Platz des Präsidenten und dankt in einer kurzen Ansprache dem Hause für seine Wahl. Dabei gibt er unter Bravo-Rufen im Kreise Rathor ferner im würdevollen Teil Kurzhelms, ferner im Kreise Warburg, sowie für das Amt Wilm in der Gemeinde Wehlern.

Unter der Leitung des neuen Präsidenten legt das Haus die Erledigung seiner Tagesordnung fort.

Der Antrag des Geschäftsausschusses auf Aufhebung der Immunität des Abg. Ledendorff (Wirtschaftsp.) zum Zweck der Freigabe der Strafanzeige wegen des Zusammenbruchs der Berliner Grandbühnen wird angenommen.

Nachnahme findet auch der umfangreiche Antrag des Geschäftsausschusses auf Hilfsmaßnahmen gegen Unmuttereliche in Nord-Sachsen im Kreise Rathor ferner im würdevollen Teil Kurzhelms, ferner im Kreise Warburg, sowie für das Amt Wilm in der Gemeinde Wehlern.

In namentlicher Abstimmung wird dann der deutsch-nationale Milttausensantrag gegen den Kultusminister Grimme mit 219 Stimmen der Regierungspartei gegen 173 Stimmen der Opposition abgelehnt.

Das Haus nimmt schließlich die Abstimmung über die neue Geschäftsordnung vor.

Abg. Schöler (Ztr.) beantragt zunächst über den neuen Paragraphen 123 abzustimmen, wonach namentliche Abstimmung nur erfolgen kann, wenn der Antrag von mindestens 30 anwesenden Abgeordneten unterstützt ist. Dieser Paragraph sollte nach seiner Annahme sofort in Kraft treten und bei den namentlichen Abstimmungen Anwendung finden.

Nach längerer Debatte findet ein Antrag auf namentliche Abstimmung über den Zentrumsantrag Billigung. Es wurden nur 208 Stimmenträger abgegeben. Das Haus ist also beschlußfähig.

Vizepräsident Dr. von Kries teilt hierauf mit, daß die nächste Sitzung am 15. Dezember stattfinden werde. Die Oppositionsparteien nehmen diese Mitteilung mit lebhaftem Beifall auf.

Des Reiches Winterhilfe.

Dieckich und Schöle im Haushaltsausschuß.

Berlin, 28. November

Im Haushaltsausschuß des Reichstages sprach u. a. auch Reichsfinanzminister Dietrich über die Winterhilfe, wobei er erklärte, die Regierung sei bereit, eine Verbilligung der für die Ernährung notwendigen Produkte zu ermöglichen, und teilte mit, daß sich einige Reviere bereits erklärt haben, Kohlen umsonst zur Verfügung zu stellen, andere hierfür in die verbilligten Kohlen zu liefern.

Das Reich lei bereit, noch 12 Millionen Mark bereitzustellen, um die freibleibende Kohlenproduktion zu verfrachten.

Es werde es möglich sein, die zwei Millionen Tonnen, die von den verschiedenen Revieren angeboten würden, noch einmal um 6 Mark pro Tonne zu verbilligen.

In der Preisfrage sei eine Verbilligungsaktion im Gange, ebenso bei den Kartoffeln.

Die Lage der Viehzuchtproduzenten Landwirtschaft sei katastrophal geworden. Die Reichsregierung sei bereit, für die Verbilligung des Fleisches 15 Millionen RM aufzuwenden, damit die Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit billigem Fleisch für die Dauer von drei Monaten sichergestellt sei.

Reichsernährungsminister Schöle wies darauf hin, daß zur Verbilligung der Kartoffeln im Interesse der Minderbemittelten und Erwerbslosen in Berlin bereits Abmachungen zwischen dem Groß- und Kleinhandel getroffen seien. Die Minderbemittelten erhielten bei den Kleinhändlern Kartoffeln zu einem um 85 bis 90 Pfennig je Zentner verbilligten Satz.

Beim Brotpreis sei, vom Beispiel Berlins ausgehend, in fast allen Großstädten eine Preislenkung für die Erwerbslosen eingeleitet.

Wirtschaftsfragen der Gegenwart.

Die Stellung des Reichsverbandes der Industrie.

Auf der Hauptversammlung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie beschäftigte sich der neue Vorsitzende Dr. Krupp von Boplen und Halbach mit der gegenwärtigen Wirtschaftslage. Eine Besserung wäre nur möglich, wenn alle an der Volkswirtschaft beteiligten Länder zusammenarbeiten. Die innere Sanierung wäre möglichst schnell durchzuführen.

Namens einer Anzahl Verbände des Handels und der Industrie wandte sich der Redner sofort gegen die in letzter Zeit besonders häufig aufgetretene Verleumdung von Treue und Glauben zum Schaden der Allgemeinheit.

Dr. Krupp forderte dann auch von der Privatwirtschaft und dem Einzelnen die Ausgaben einzuschränken.

Die Frage der Reichsreform erfordere Schritte, die von dem Zwange zu einer sparsamen, überhöflichen und einheitlichen Verwaltung diktiert sind. Dann erklärte der Redner:

Der Reichsverband wolle sich nach wie vor jederzeit von der Notwendigkeit von höherer nationaler Bedeutung ist. Gleiches gilt auch gerade für den Teil der Industrie, welcher unter den Begriff der mittleren und Kleinindustrie fällt. Der Reichsverband hat bereits in den letzten Jahren sich besonders der Töte der Mittel- und Kleinindustrie angenommen, und ich werde mich auf dieser Linie gleichfalls mit allen Kräften einlehen.

Der Vortrage wandte sich dann den außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Aufgaben zu. Der Reichsverband lehne selbstverständlich den Verfall der Vertrag ab.

Es müsse im Interesse der europäischen Völkergemeinschaft eine Lösung gefunden werden, die den freudigsten Zusammenarbeiten aller Völker einen neuen Aufschwung gebe.

Zur Währungsfrage übergelend, erklärte der Redner, das Präsidium des Reichsverbandes hat in seinen beiden letzten Sitzungen einmütig und entschieden den Standpunkt eingenommen, daß

die deutsche Währung unter allen Umständen erhalten bleiben müsse.

Für Lockerung der Dreisbindungen

Zwei Probleme

Industrie und Schiff.

Gefahren für den Kirchenfrieden.

Ein Erlaß des Berliner Evangelischen Oberkirchenrates.

Im einzelnen Bundesrat in die Konstitutionen beschäftigt sich der Evangelische Oberkirchenrat der altpreussischen Union mit den Gefahren, die aus der wachsenden Verjährung der politischen und wirtschaftlichen Gegensätze für den Frieden des kirchlichen Gemeindelebens erwachsen. In diesen Zeiten der Spanne sei die Kirche, der von Gott gegebene Sammelplatz der Einheit und Einigkeit. Diese Einheit dürfe nicht gefährdet werden.

Die Oberste Kirchenbehörde legt allen Geistlichen, kirchlichen Körperschaften und Gemeindegliedern die hohe Verantwortung dafür aufs Gewissen, daß der Frieden des Gemeindelebens und die Weihe des Gottesdienstes keine Störung erliden. Der Worter müsse sich innerlich und äußerlich seines Amtes unbeschadet des Rechts der freien Mei-

mungen im Kreditumlauf des östlichen Wirtschaftsgebietes bei gutem Willen aller beteiligten Stellen endgültig behoben sein, zumal die Reichsfinanz auf daraufhin zu jeder weiteren Kreditgewährung bereit erklärt hat.

Ruhrschiedspruch verbindlich.

Erklärungen des Zechenverbandes.

Berlin, 29. November

Im Reichsarbeitsministerium haben die Verhandlungen über die Verbindlichkeiterklärung des Ruhrschiedspruchs für den Ruhrbergbau stattgefunden, bei welchem der Vertreter des Zechenverbandes die Erklärung abgab, daß die Erlöserabschläge von März bis September 1931 für jede Tonne 1,32 Mark betrage.

Es warte mit Sicherheit zu erwarten, daß infolge der Auswirkungen der Pfundkrise eine weitere Verbilligung eintreten müsse. Ohne Senkung der Selbstkosten sei daher keine Möglichkeit gegeben, die Krise zu überwinden.

Er gebe durchaus einig mit den Ausführungen des Schlußgutachtens des Wirtschaftsbeirates der Reichsregierung, wenn er angesichts der Tatsache, daß eine Senkung der Steuern und öffentlichen Lasten zur Zeit nicht möglich sei, eine Herabsetzung der Arbeitskosten verlange. Diese Senkung müsse, wenn sie überhaupt wirksam sein sollte, sofort eintreten.

Der Ernst der Lage sei nicht besser zu kennzeichnen als durch die freimütige Erklärung, daß eine Coblenz der Lebenshaltung und die allgemeine Wirtschaft nicht in dem Maße gefährde, wie die finanzielle Lage und der Bestand der Werke durch die Beibehaltung dieser Selbstkosten gefährdet seien.

Der Ruhrbergbau sei in der Lage, alle Forderungen abzufüllen, wenn er zu dem Entschluß komme, von neuem 25 bis 30 000 Arbeiter zu entlassen. Das wolle er nicht verantworten. Das Opfer, das durch die Forderungen auferlegt werde, sei von beiden Gruppen, Unternehmern und Arbeitnehmern zu tragen.

Der Reichsarbeitsminister hat den Schiedspruch, der die jetzt gültige Lohnordnung bis 31. Dezember 1931 ohne jegliche Veränderung verlängert, für verbindlich erklärt.

Beamtenbund und Wirtschaftsbeirat.

Unzufriedenheit der Beamtenschaft.

Berlin, 29. November

In einer Mitteilung des Deutschen Beamtenbundes, die sich mit dem Ergebnis der Verhandlungen des Wirtschaftsbeirates der Reichsregierung befaßt, heißt es unter anderem:

Dieses Ergebnis, das die Grundlagen einer neuen Notverordnung bilden soll, hat auch die deutsche Beamtenschaft aufs schmerzliche enttäuscht. Wiedrum klingt die Unzufriedenheit der Lohn- und Gehaltsfürsorgen aus dem Ergebnis der Verhandlungen des Wirtschaftsbeirates heraus, während andere Möglichkeiten zur Beseitigung der Wirtschaftskrise, insbesondere die Frage einer wirksamen Preislenkung nur sehr problematisch behandelt wurde.

Allgemein sind die Beamtenbezüge unter dem Stand geunken, den sie 1927 vor der Neuregelung hatten. Dazu kommt, das wachsende und unumgängliche notwendige Ausgaben des Beamtenhaushaltes gegenüber dem Stand vor der Besoldungsneuregelung erheblich verteuert sind. Der geldschwache Vorstand ist der Auffassung, daß die vom Wirtschaftsbeirat empfohlene weitere Einschränkung der Lebenshaltung und der Kaufkraft der Beamten und der übrigen Arbeitnehmer die allgemeine Not vergrößert, wie die bisherigen Erfahrungen beweisen.

Gegenüber fordert er durchgreifende gleichgerichtete Maßnahmen zur Senkung der Preise, Mieten, Zinsen und öffentlichen Lasten. Insbesondere verlangt er die Befestigung der wirtschaftlich unbedingten Preisbindungen, der preissteigernden Zollpolitik und der übertriebenen Handelsnennungen, damit endlich die Preislenkung die Einkommenslenkung unterstreicht.

Gefahren für den Kirchenfrieden.

Ein Erlaß des Berliner Evangelischen Oberkirchenrates.

Berlin, 29. November

In einem Bundesrat in die Konstitutionen beschäftigt sich der Evangelische Oberkirchenrat der altpreussischen Union mit den Gefahren, die aus der wachsenden Verjährung der politischen und wirtschaftlichen Gegensätze für den Frieden des kirchlichen Gemeindelebens erwachsen. In diesen Zeiten der Spanne sei die Kirche, der von Gott gegebene Sammelplatz der Einheit und Einigkeit. Diese Einheit dürfe nicht gefährdet werden.

Die Oberste Kirchenbehörde legt allen Geistlichen, kirchlichen Körperschaften und Gemeindegliedern die hohe Verantwortung dafür aufs Gewissen, daß der Frieden des Gemeindelebens und die Weihe des Gottesdienstes keine Störung erliden. Der Worter müsse sich innerlich und äußerlich seines Amtes unbeschadet des Rechts der freien Mei-

nungsgängerung von Gewissenswegen vor Augen haben, daß er allen Gliedern der Gemeinde zu dienen hat, oder je selbst in den Gegenzug der Parteien eintritt, müßte er Zurückhaltung und Mäßigkeit beobachten, mit Entschlossenheit der frohen Bewunderung des Meinungsstumpfen entgegenzutreten und bei der Förderung nationaler und sozialer Fragen sowie in der Behandlung andersgearteter Maßregeln und Sätze zur Geltung bringen.

Sur Frage der Einräumung der Kirchengebäude an Vereinigungen mit politischem Charakter wird ausgeführt: Die Wörtern der Kirche müssen offen stehen, die mit der Gemeinde sich unter das Evangelium stellen und in Anbacht sich vor Gott beugen wollen, doch müsse alles, was der Verdümmung des Wortes Gottes fremd ist oder die Anbacht stört, sorgfältig vermieden werden. Niemand dürfe die Kirche irgendwelchen parteipolitischen Demonstrationen dienen. Dies gelte auch für den gespaltenen Kirchgang politischer Vereinigungen mit ihren Fahnen und Emblemen, wo jene Gebahren besonders gegeben seien.

Keine „Kronjuwelen“ ins Ausland.

Der Verkauf der Mittelbacher Juwelen in London.

München, 28. November

Zu den Pressemedien über den Verkauf Mittelbacher Juwelen in London erklärt die Generaldirektion des Mittelbacher Ausleihsbüros:

Die „Kronjuwelen“ befinden sich nach wie vor unangefastet in der Münchener Residenz. Insbesondere wurden aus der Schatzkammer Gegenstände historischer und künstlerischer Wertes nicht entfernt.

Zum Verkauf in London wurden lediglich ein, allerdings besonders wertvolles Edelstein und Schmiedegegenstände bestimmt, die dem Mittelbacher Ausleihsbüros bei der Auseinanderlegung zwischen dem bayerischen Königshaus und dem bayerischen Staat überwiehen worden sind.

Der Mittelbacher Ausleihsbüros ist eine Stiftung des öffentlichen Rechts, deren Vermögen sich zum überwiegenden Teil aus land- und forstwirtschaftlichen Grundbesitz zusammenlegt. Der Rückgang der Erträge, insbesondere in Wäldungen, aus ein derart fataler Katastrophe, daß die Stiftungserhaltung aus den Erträgen allein dieser Vermögenswerte dem Stiftungszweck nicht mehr gerecht werden konnte. Das hat zu den Verkäufen geführt, durch den Verkauf bisher untrennbarer Objekte Kapital zu schaffen, um damit die Erträge des Fonds einigermaßen zu ergänzen.

Labals vier Punkte.

Ein Maximal-Programm. — Provisorium oder Endlösung? Fragen an Frankreich.

Innerpolitische Reden sind ein schlechter Anlauf für außenpolitische Verhandlungen. Das hat auch die Rede bedeutet, mit der der französische Ministerpräsident vor der Kammer Rechenschaft über seine Politik im letzten halben Jahr ablegte. Nachdem in den diplomatischen Gesprächen, wenn das auch nicht in offiziellen Dokumenten zum Ausdruck kommt, Klarheit über Umfang und Richtung der Revisionsbepfahrungen geschaffen war, glaubte Laual, den innerpolitischen Bedürfnissen Rechnung tragen zu können. Dementprechend ist keine Rede ausgefallen.

Will die französische Regierung wirklich die von der Pariser Presse verurteilte Zehne von der deutschen Revisionsbepfahrungen übernehmen? In nicht mehr gerecht werden offizieller französischer Seite den eindringlich herbeigeholten Deutschland nur ungerechtfertigte und unpolide Kredite aufnehmen?

Man muß, nach den Bemühungen Labals um unmittelbare deutsch-französische Verständigung, nach den Zusicherungen, die er in Berlin bekommen hat, zunächst glauben, daß diese Fragen nur in nicht mehr gerecht werden. Aber erster ist es zu nehmen und mit den Nachfragen auf die Innenpolitik ist es nicht mehr zu entscheiden, wenn der französische Ministerpräsident den Reparationsverhandlungen so eng Grenzen gesetzt hat, daß, ohne sie zu überschreiten, kaum eine der Weltwirtschaftsleute entsprechende Lösung gefunden werden kann.

Laual hat nur Frankreichs Bereitschaft erklärt, ein Provisorium mitzumachen, er will die Reparationen nur in dem Maß vermindern lassen, wie Frankreichs Kriegsschaden in Amerika herabgesetzt werden, er will keinesfalls auf die 600 Millionen ungezügelter deutscher Jahreszahlungen verzichten, und er hat als vierten Punkt seines Reparationsprogramms gegen die Möglichkeit Stellung angenommen, daß den Privat-

schulden ein Vorrang vor den politischen Schulden eingeräumt werden könnte.

Diese vier Punkte Labals sind — und espaß muß sich die öffentliche Diskussion in Deutschland vor allem mit ihnen beschäftigen — ein französisches Maximalprogramm.

Man muß die französischen Politiker auf einen psychologischen Gesichtspunkt aufmerksam machen. Die Ueberwindung der jetzigen Krise, die Deutschland besonders schwer trifft, fordert von allen Schichten des deutschen Volkes außerordentliche Anstrengung. Die Durchführung dieser Politik erfordert arbeitsdienliche feste Widerstandskraft.

Glauben die französischen Politiker, daß diese Widerstandskraft ausgereicht werden kann, wenn dem einzelnen deutschen Staatsbürger dabei nicht bewußt ist, daß er durch sein Verhalten Aussichten auf eine bessere Zukunft des deutschen Volkes in seiner Gesamtheit, auf günstigere Entwicklungsmöglichkeiten für die nächsten Jahrzehnte eröffnet?

Es würde nicht gerade für eine Zunahme der politischen Erkenntnisse in Frankreich sprechen, wenn man auch jetzt wieder den Grundlag politischer Handelsgeschäfte anwendet, statt die Hauptaufgabe richtigem mochte, aber die internationalen wirtschaftlichen Schwierigkeiten hinweg-zukommen.

Ministerpräsident Laual will nur ein Provisorium für die wirtschaftliche Depressionsperiode zulassen.

Kann man mit einem solchen Provisorium wirklich die Krisengefahren überwinden? Sie sind zum guten Teil ja gerade entstanden, weil die Unfähigkeit über Deutschlands Schuldenerpflichtungen, über seine Fähigkeit, diesen Verpflichtungen nachzukommen, den Kredit für Deutschland immer mehr verteuerte, die deutsche Privatwirtschaft immer höheren Zinsenverpflichtungen aussetzte und schließlich dazu führte, daß man aus Widertrauen gegen die politische Zukunft Deutschlands die Kredite überhaupt zurückzog. Es ist bezeichnend, daß die Londoner „Times“ sich bereits gegen die Rede Labals gewandt haben. Sie erkennen diese schädigende Wirkung der Reparationsforderungen ebenfalls voll an, sie fordern ebenfalls die Beilegung der Unfähigkeit, die sich aus den Reparationsverträgen ergeben hat.

Vertrauen für die Regierung.

In der Kammer wurden drei Abfassungen vorgelesen. Die erste Abfassung ging über die Priorität der sozialistischen Tagesordnung. Gegen die Priorität hatte Ministerpräsident Laual die Vertrauensfrage gestellt.

Die Kammer lehnte die Priorität der sozialistischen Tagesordnung mit 325 gegen 240 Stimmen ab.

Dann wurde die Priorität für die radikale Tagesordnung beantragt. Auch hier stellte Ministerpräsident Laual die Vertrauensfrage gegen diese Priorität.

Die Kammer lehnte die Priorität der radikalen Tagesordnung mit 310 gegen 285 Stimmen ab.

Die dritte Abfassung galt der im Wortlaut bereits gemeldeten von der Regierung angenommenen Tagesordnung Ruch-Lafette.

Diese Tagesordnung wurde mit 325 gegen 150 Stimmen angenommen.

Die Radikalen haben sich bei der Abstimmung der Stimmenabgabe enthalten.

Französische Gastlichkeit.

Abstimmungszugunggebung gelprant.

Paris, 29. November

Auf der öffentlichen Zugunggebung des internationalen Abstimmungszugunggebung im vollbesetzten Trocadero, im größten Saal von Paris, bei der Herriot den Vorzug führte, konnte in den ersten fünf Viertelstunden kein Redner zum Vorne kommen. Gleich als der achtzehnte Veranstaltung eröffnete, wurde er durch Gegenzugunggebungen von der Galerie niedergedrückt.

Trotz des Bärms, mit dem die Abstimmungszugunggebung begann, verlusten die auf der Liste stehenden Redner ihre Ausführungen zu machen. Sie wurden durch Demonstrationen zum Teil niedergedrückt.

Reichstagsabgeordneter Joos konnte sich zeitweilig verständlich machen, und die weitenthaltenen Stellen seiner Rede wurden sogar vom Publikum mit Beifall aufgenommen.

Aber die ersten fünf Viertelstunden waren für die Kammer, gegen die das Publikum protestierte.

Als Robert Cecil seine Rede hielt, wurde der Lautsprecher eingeschaltet, so daß der englische Delegierte, der auf die französische Höflichkeit appellierte, einigermaßen verständlich war. Alsdann wurde aus Amerika eine Botschaft des Senators Borah direkt übertragen, die allerdings

ziemlich verzerrt ankam.

Am 11 Uhr 15 französischer Zeit wurden die Gegenzugunggebungen so stürmisch, daß die Gendarmen die Sitzungsstube betrat, um das Publikum auf dem die Redner und die geladenen Gäste setzen, zu schützen.

Von diesem Augenblick an war es jedenfalls klar, daß die Manifestanten wollen weiteren Redner mehr zum Wort kommen lassen wollten. Besonders deutlich wurde dies, als der frühere amerikanische Botschafter in Berlin, Houghton, zu sprechen verlustete. Er wurde fortgesetzt unterbrochen und teilweise ertönten Aufe „a Berlin“. Diese jenen ansehnend auf die Behauptungen französischer Blätter hin, daß Houghton ausgerechnet deutschfreundlich sei.

Ein Pfeiftonszert letzte ein. Die Schreien und Jöhlen wurde immer härter.

Hierauf verlustete Herriot, mit dem Leitern der feinerzeit von Gany gegründeten Frontkämpfervereinigung „Craix du feu“ eine Zugunggebung dahin zu erzielen, daß einer ihrer Delegierten das Wort ergeihen könnte, wenn sie bis zum Schluß Ruhe halten wollten. — Diese Frontkämpfervereinigung war mit 2000 Mann im Saale erschienen und veranstaltete die planmäßig durchgeführten Zugunggebungen.

Die von Herriot erstrebte Zugunggebung kam jedoch nicht zustande. Die Führer der Zugunggebungen verlangten, sofort das Wort ergeihen zu dürfen. Diese wurde abgelehnt wurde, sie stürmten die Demonstranten das Publikum, und es kam zu Schlägereien. Herriot und de Jovenel konnten sich nur mit Mühe vor tätlichen Angriffen schützen. Eine Kette von Polizisten diente sie, worauf de Jovenel, ein der Form zu genügen, wenigstens die vorgegebenen Schlüsselwörter sprechen konnte.

Preßfestimmen.

Die gestrige Morgenpresse beschäftigte sich mit den lärmenden und störenden Zugunggebungen im Trocadero, die zum Schluß der öffentlichen Zugunggebung für die Abstrüpfung zu einem Sturm auf die Rednertribüne geführt haben. Wäpfer der rechtsgerichteten Blätter sich von den Radikalen, als deren Urheber die Action française, die Frontkämpfervereinigung „Craix du feu“ und die Jugendorganisation der Patrioten-Liga, die unter der Leitung des bekannten nationalpolitischen Abgeordneten Zaittinger steht, genannt werden, äußert befriedigt zeigen, lehnen die Zugunggebungen der Zinken die Ausfriedigung in scharfen Ausdrücken ab.

Frankreichs Freunde enttäuscht.

Grandi über Lauals Rede.

Newport, 29. November

Bei einem Frühstück erklärte der italienische Außenminister Grandi, der Hauptzweck seines Amerikanische sei die Uebermittlung der Zugung Italiens gewesen, an der Lösung der großen internationalen Probleme des Augenblicks lokal mitarbeiten zu wollen. Das kommende Jahr werde für die ganze Welt außerordentlich schwer sein. Italien werde in seiner Politik den einschließlichen Weg weiter verfolgen. Nach den Verlässnissen der „Times“ über die Rede des französischen Ministerpräsidenten könne erwartet werden, daß die französische Regierung und das französische Volk den egoistischen Nationalismus überwinden und wehrereiger handeln werden, wenn sie sich mit den großen internationalen Fragen und Gefahren befaßen müßten, die sich im nächsten Jahre zweifellos der Welt aufdrängen werden.

Im Augenblick habe allerdings Laual die ausländischen Freunde Frankreichs enttäuscht, da er in seiner Haltung nicht aufzukam, um dadurch seine politische Position im Lande zu festigen. Er habe zwar seine Mechtigkeit erhalten, es sei ihm jedoch, ob er auch das Vertrauen da gewonnen habe, wo Frankreich es am nötigsten bedürfte.

Die Steuern im Dezember.

Im Reich:

5. Der in der Zeit vom 16. bis 30. November einbehaltene Lohnabzug und die Kraftloshaltener für die gleiche Zeit sind abzuführen. (Keine Schönfrist.)
 10. Boranmeldung der Umsatzsteuer und Vorauszahlung für November. (Schönfrist bis 17. Dezember.)
 10. Die Einkommensteuer für November ist anzumelden und im Berechnungsverfahren zu zahlen. (Keine Schönfrist.)
 21. Lohnabzug und Kraftloshaltener für die Zeit vom 1. bis 15. Dezember. (Keine Schönfrist.)
- In Preußen:
10. Bier- und Getränkesteuer ist fällig.
 15. Die Grundvermögenssteuer mit Zuschlägen für Monatszahlen.
 15. Die Hauszinssteuer ist zu entrichten.

JILSE RÖMER

Roman von Elisabeth Bonchardt

21. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)
„Sie können jetzt nicht mehr leben“, sagte er nach einer Weile seinen Schwärmern. „Wären Sie nur die Glode an der Gittertür. Der Haushofmeister wird Ihnen öffnen, und dann fragen Sie nach der Kamell. Sie ist eine alte, treue Seele, der Sie sich ruhig anvertrauen können. Die — Gräfin wird Sie heute kaum empfangen können, denn im Schloße ist Gesellschaft — — Um lo besser für Sie, Sie können sich erst in die neuen Verhältnisse finden und morgen mit neuer Kraft und frischem Mut Ihr Werk beginnen. — Nur nicht überwärts und nicht gesagt!“ Der Herrut mag wohl überflüssig sein — Er ist erhielt ja schon den Trost Ihres starken Mutes und Vertrauens, aber wenn Sie trotz dem einmal eines Rates — — eines Trostes bedürfen — — doch da sind wir ja idon am Gitter“, unterbrach er sich selbst. „Gott besohlen denn!“
Er gab ihr die Talsche, verbeugte sich, und ehe Sie es sich verlast, war er umgehend und im Dunkel verschunden. Nicht einmals Wort des Dales hatte sie ihm lauen können. Sie blieb stehen und sah ihm gedankenvoll nach.
Selbamer Mensch! Das Laugere eines Bauern und das Benehmen und Wesen eines gebildeten Mannes. Bescheiden und zurückhaltend und doch gleichsam beherrschend und gebietend in jedem Wort, das er gesprochen hatte. Wer machte dieser Doppelwesenheit sein? Wenn Sie eines Rates — — eines Trostes bedürfen, — — Sätze er gemeint, daß Sie dann zu ihm kommen sollte? Welche Waag betraf er, daß er ihr dann hätte beistehen können? — Wie viele nicht zu beantwortende Fragen auf einmal!

Mit einem unerwarteten Aus wandte sie sich um. Vor ihr lag das Schloß. Sie konnte bei der bereits eingetretenen Dunkelheit nur die Umrisse des mächtigen Gebäu-

des, aus dem die Reihe der hell erleuchteten Fenster wie Zierbilder durch die Finsternisse sahen, erkennen. An dem Gittertor, das den Schloßhof von der Straße trennte, brannten Laterne und schillerte die vermalte Umgebungsart. Zu beiden Seiten des Tores waren mächtige Rekonen aufgestellt, die jetzt nur zur Zierde, ehemals jedoch Verleibungsmittel waren. Auch mußte früher ein Graben das ganze Schloß umgeben haben, denn das Erdreich fiel steil ab längs des Gitters und unten befanden sich, soweit Sie erkennen konnte, Gartenanlagen. Der Schloßhof war groß und breit.

Das war zunächst alles, was ihre Blide erfassen konnten. Als sie fest an der Glode sog und der Ton durch die tiefe Stille hallte, klopfte ihr Herz sekundenlang in stürmischen Schlägen. Was lag hinter diesem Gitter für sie verborgen? Welches Schicksal harret ihrer? Würde ihr Stolz die Demütigungen ihrer Stellung ertragen und machte sie, nach dem, was sie bisher vernommen hatte, nicht fürchten, daß ihr viele wehretet?

„Nur mußte vorwärts, er nicht verzagt!“ Sätze das nicht loben ihr schlanker Begleiter gelangt und was er ihr dabei nicht lo warm und festgeraubig geworden? Wie er durch wenige Worte zu erneuertem verstand!

Wieder wollte sich die Gestalt des Fremden vor ihre Seele stellen, aber sie drängte sie heftig zurück.

Aus dem Hote wurden schlürende Schritte laut und eine große, dunkle Gestalt näherte sich dem Tore.

Was ist das?“ fragte eine zweite Stimme.

Die neue Gouvernante gab Jile zur Antwort.
Der Riegel wurde zurückgehoben und das Tor geöffnet. Sie trat ein. Der Schein der Laterne fiel gerade auf ihr Gesicht.

„Donnerwetter“, entfuhr es dem Haushofmeister, „hätten auch was anderes werden sollen! Na — der alte Kerstony hat mal für ein gutes Wort.“
„Hätten Sie mich nicht abgelehnt, wenn ich Sie erregt hätte, und hat mich doch nicht in den Laden und ging an ihm vorüber.“
Der Haushofmeister sah sie eine Weile verdukt und sprachlos an. Das fang ja eine wie Versteil, Was bildete

sich dies hechtmütige Ding eigentlich ein, ihm, dem Haushofmeister, lo zu kommen? Na, der Hochmut wird ihr bald ausgetrieben werden. Hühlig war sie ja. Donnerwetter noch mal — was für den jungen unglücklichen Herrn, wenn der auf Urlaub kam — aber beschlen läßt sich der Kerstony darum von lo einer nicht. Er setzte die strengste Miene auf und lagte hartig:
„Kommen Sie mit!“

„Er dachte nicht daran, ihr die Handtasche abzunehmen. Was war sie denn auch weiter als im Schloße bedientet wie er?“

Sie lotzte mit gemühten Gesichtern. Dieser erste Empfang war nicht gerade vertrauensvermendend.

Der Haushofmeister trat an die Tür des rechten Seitengebäudes und rief in das Souertrain, laut und ungerührt: „Kamell! Kamell!“

Nach einigen Minuten zeigte sich ein Knopf in der Türhaube.

„Nun, Haushofmeister, was gibt's? Warum schreiben Sie Sie wissen doch, daß ich heute alle Hände voll zu tun habe.“

„Gang recht, Kamell, aber die neue Gouvernante, ist hier und ich weiß doch nicht recht, wo ich mit ihr hin soll.“

Als ob es sich um ein Stück Möbel handelte, von dem man nicht weiß, wohin stellen lo sprach er von ihr. Der Mann wurde ihr immer unheimlicher.

Der alte Einbruch wurde jetzt aber durch einen freundlicheren verweist. Die Kamell trat jetzt vollends aus der Tür und ein freundlich gütiges, wenn auch etwas derbes, rotes Gesicht nidie Jile grüßend zu.

„Wenn Sie das neue Fräulein sind, bitte ich Sie, mir zu folgen. Ich habe bereits Anweisungen erhalten und werde Sie in Ihr Zimmer führen.“

Diese Höflichkeit im Gegensatz zu der Art des Haushofmeisters tat Jile unbeschreiblich wohl und einige freundliche Begrüßungsworte für die Kamell.

(Fortsetzung folgt.)

Aus der Heimat und dem Reiche.

Kemberg, den 30. November 1931

Am Kupfernen Sonntag (6. Dezember) sind die Ladengeschäfte von 11—18 Uhr geöffnet. Der laufenden Bevölkerung ist damit die Möglichkeit gegeben, recht frühzeitig die Weihnachtsgüter vorzunehmen. Sie hat Gelegenheit, in Ruhe die Auswahl der Gegenstände vorzunehmen und jedes Geschäft wird sich bereit erklären, die gefaßten Waren bis Weihnachten in Verwahrung zu nehmen. Darum richten wir an alle die Bitte: Besorgt eure Weihnachtseinkäufe recht bald und laßt am Oute!

Kraftfahrer, rechtzeitig abblenden! Je früher die Tage werden, um so mehr häufen sich wieder die Klagen, daß die Kraftfahrer auf der Landstraße bei Begegnung mit anderen Begegnungen nicht rechtzeitig oder nicht ordnungsgemäß abblenden. Der Deutsche Touring-Club rühmt daher an alle Kraftfahrer die dringende Aufforderung, in ihrem eigenen Interesse die gefälligen Vorschriften über das Abblenden immer genau zu beachten. Dringend notwendig ist, daß beide Lampen abgedunkelt werden. Einseitiges Abblenden oder vollständiges Ausschalten eines Scheinwerfers ist unzulässig!

Das Weihnachtsgeschäft der Reichsbahn. Die Reichsbahn hat sich in Anbetracht der wirtschaftlichen Lage entschlossen, dem reichlichen Publikum in diesem Jahr besonders entgegen zu kommen. Zum erstenmal ist die Gültigkeit der Weihnachtserleichterungen über das ganze Jahr bis zum 24. Dezember 1931 bis zum 4. Januar 1932 verlängert worden. Die Zeitdauer, die Reise-Gemäßigung in Anspruch zu nehmen, ist also im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren verdoppelt. Die Fahrpreisermäßigung beläuft sich auf etwa 33%, v. d.

Ansprüche von 1928 verjähren. Fristablauf am 31. Dezember. Unter Berücksichtigung des immer noch vorhandenen Vorkommens scheint es nach der Hauswirtschaftszeitung angebracht zu sein, schon jetzt auf die bevorstehende Verjährung der Ansprüche aus dem Jahre 1928 zum Ende des 33. hinzuweisen. In zwei Jahren werden die Ansprüche, sowohl der Kaufleute auf Lieferung von Waren, als auch der Arbeiter auf Zahlung des Lohnes unzulässig. Da der Tag, an dem die Forderung entstanden ist, nicht immer festgelegt werden kann, beginnt der Lauf der Verjährungsfrist mit dem Ende des Jahres, in dem die Ansprüche entstanden sind. Dandelt es sich um Forderungen eines Kaufmanns an eine Firma, die von ihm Ware zwecks Weiterverkauf bezogen hat, so verjähren die Ansprüche erst in 4 Jahren. Am zweckmäßigsten ist es, bis zum 31. Dezember 1931 dem Schuldner einen Zahlungsbefehl zuzustellen, da mündliche Mahnungen oder sonstige Zahlungsaufforderungen die Verjährungsfrist nicht unterbrechen.

Stillschweigender Bericht auf einen Teil der aufstehenden Kündigungsschrift kann nach einem Urteil des Landesarbeitsgerichts Karlsruhe vom 1. Juni 1931 Nr. 223/31 auch schon darin liegen, daß der Arbeitnehmer gegenüber einer zu einem bestimmten Endtermin ausgeprochenen Kündigung erklärt, er lege die Notwendigkeit der Kündigung mit Rücksicht auf die Lage des Betriebes ein, ohne daß der Arbeitnehmer dagegen protestiert, daß bei der Kündigung die gefälligen, vertraglich oder tariflich zustehende Kündigungsschrift nicht eingehalten worden ist.

Nachträgliche Annahmeverweigerung auch bei Drucksachen. Bisher mußte die Annahmeverweigerung von Postkarten, Drucksachen, Geschäftspapieren, Warenproben, Mitteilungen und offenen Büchern vor der Zustellung erklärt werden. Das Reichspostministerium hat jetzt erlaubt, daß offene Briefsendungen von den Empfängern nachträglich verweigert werden können, wenn die Sendungen spätestens 24 Stunden nach der Zustellung zurückgegeben werden.

Die Stadt trägt die Verantwortung für die Sicherheit der Wege! Dieser Grundsatz ist in einem Urteil des Reichsgerichts vom 4. 6. 30 erneut festgelegt worden: „Eine Stadtgemeinde, die einen Weg, auf dem sie durch einen Unternehmer Kabelarbeiten hätte ausführen lassen, für den Verkehr wieder freigelegt, ruht sich zuvor vor seinem verkehrssicheren Zustand überzeugt zu haben, handelt fahrlässig. Die Nachlässigkeit desjenigen, der einen solchen Weg benutzte, ist nicht so schwer zu werden, daß ihr gegenüber jegliches Verschulden der Stadtgemeinde zurücktreten müßte.“

Vorsicht! Die Maul- und Klauenseuche ist nun auch in einem hiesigen Gebiet festgestellt worden. Besonders gilt es, einer weiteren Verbreitung der Seuche Einhalt zu tun, damit sie bald wieder aus unserer Gegend verschwindet.

Golpa. (Angefahren.) Zwei kleine Kinder verletzten noch kurz vor einem aus Föhrenweg kommenden Personkraftwagen der GWS die Straße zu überqueren. Hierbei wurde ein 3jähriger Waisenknabe, der bei einer Familie Aufnahme gefunden hat, angefahren, der Kleine erlitt einen Armbruch, innere Verletzungen und zahlreiche Hautabschürfungen. Er wurde sofort ins Bitterfelder Krankenhaus gebracht. Dem Kraftwagenführer soll keine Schuld treffen.

Delitzsch, 27. November. (In einem halben Jahre 28000 Mark erwidmet.) Der 58 Jahre alte Maurermeister Otto C. von hier ist vom Gemeinamen Schöffengericht Leipzig wegen Betrugs zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Nach Ableistung des Offenbarungseides ist C. völlig mittellos nach Leipzig gekommen; er hat verlernt, „Firmen zu gründen“, und dabei wenigstens für sich einen beachtenswerten Erfolg gezeitigt; drei Geliebte haben ihm zusammen etwa 28000 Mark zur Verfügung gestellt. Die Firmen blieben ungegründet; das Geld aber wurde durch C. reiflos verbraucht.

Eilenburg. (Wieder ein Gut unter dem Hammer.) Vor dem Eilenburger Amtsgericht fand gestern die Zwangsversteigerung des 300 Morgen großen Anwesens des verstorbenen Gutsbesizers Guitold Wock (ehel. Landwirt Schmidt) in Sprotta statt. Den Zuschlag erhielt Kaufmann Alfred Schulze-Immenhof mit 39000 RM.

Dommitsch. Mit der Hand in die Kreisfänge kam das bei der Witwe Hartmann hierlebt in der Breitenstraße beschäftigte Dienstmädchen. Die Verunglückte, welche mit der Zurechnung von Dolz an der Kreisfänge beschäftigt war, kam auf unaufgeklärte Weise mit der linken Hand der Säge zu nahe, so daß ihr die Kuppen von zwei Fingern fast abgeschnitten wurden. Der sofort hinzugezogene Arzt ordnete die sofortige Überführung der Verletzten in das Torgauer Krankenhaus an.

Magdeburg. In den letzten Tagen sind in Magdeburg und Umgegend, vorwiegend in der Neuen Neustadt, viele falsche 5 und 10 Markstücke mit dem Münzzeichen A und der Jahreszahl 1931 in kleinen Lebensmittelläden in Umlauf gesetzt worden. Die Fälschungen sind sehr gut nachgemacht, haben das Aussehen von Neuzulässen und erwecken den Anschein, als seien sie erst aus der Münze gekommen. Sie sind aber viel schlechter als die echten und haben keinen Klang.

Stahlwerk Frankleben stillgelegt. Halle. Das Eisen- und Stahlwerk Frankleben (ein Nebenbetrieb von Eilenburg) ist stillgelegt worden, wodurch über 100 Arbeiter hinfällig geworden sind. Der Stilllegungsentwurf war vorläufig schon vor längerer Zeit bei der Regierung gestellt worden.

Sicherungsmaßnahmen wegen der Dittsche. Herzberg. Auf Grund der neuen Notverordnung des Reichspräsidenten vom 17. November d. J. sind jetzt außer den Sicherungsmaßnahmen über das Vorkommen des Freiherren von Dittsch in nach 23 landwirtschaftliche Betriebe unter das Sicherungsverfahren gestellt worden. Es werden Treuhänder bestellt, denen dann die Aufsicht obliegt. Aus dieser großen Anzahl veränderter kleiner Landwirtschaften geht deutlich hervor, wie groß die Not im Reicheschweigen ist und der Landwirtschaft ist.

Die Furcht vor der Erziehungsanstalt. Nordhausen. In der Überführung der Erzieherin Strauß stürzte sich in den Nachmittagsstunden ein junger Mann aus dem Personenzug Halle-Kassel. Er erlitt sehr schwere Verletzungen und wurde in eine Klinik gebracht. Der junge Mann sollte von seinem Pflegevater in eine Nordhäuser Anstalt gebracht werden und dürfte die Tat aus Verzweiflung begangen haben.

Elzig überläßt Personalausloste. Zwei Tote. Braunshweig. Am Sonnabend vormittag wurde am Bahübergang Seimleders Straße ein dem Rittergutsbesitzer von Goslar aus Oberstele bei Königsmutter gehöriger Personkraftwagen von einem aus Richtung Magdeburg kommenden Elziger überfahren.

Von den Insassen waren eine Dame und der Chauffeur sofort tot. Ein Herr wurde schwer verletzt ins Marienkrankenhaus gebracht. Die Personalien der Verunglückten konnten noch nicht festgestellt werden.

Stendal. In der Zeit vom 1. bis 15. Novobr. ist die Zahl der Erwerbslosen im Bezirksarbeitsamt Altmark um weitere 67 Prozent gestiegen. Ihre Gesamtzahl belief sich am 15. November auf 4128. Die rüchtlige Bewegung der Beschäftigtenkarte soll allein aus Ausgaben aus der Landwirtschaft und dem Bauhandwerk zuzuführen sein.

Einheitsgemeinde der Salzstädte wird Wirklichkeit. Bad Salzungen. Am Donnerstagabend beschloßen die Stadtratsmitglieder mit 12 gegen 8 Stimmen, sich mit den Nachbarorten Schönbach und Frobie zusammen zu schließen. Gegen die Vereinigung sprach sich die Rechte, die Bürgerlichen Parteien und die Kommunisten aus. Für die Vereinigung stimmte lediglich die Sozialdemokratische Mehrheit. Bisher hatte Bad Salzungen stets den größten Widerstand gegen die Bildung der Großgemeinde entgegengebracht. Mit Grund des jetzigen Beschlusses rechnet man damit, daß bis spätestens 1. Januar die neue Großgemeinde vom Ministerium gebildet wird.

100 000 Mark unterschlagen. Bad Harzburg. Wie die Ermittlungen über die Höhe der von dem Bankrotstörer Junke unterschlagenen Summe ergeben haben, beläuft sie sich auf insgesamt etwa 100 000 Mark. Am empfindlichsten geschädigt ist mit etwa 40 000 Mark der Harzburger Rennverein. Die Harzburger Bank ist mit circa 20 000 Mark in Mittelschuldhaft gezogen, während die Privatbank des Junkes sich auf über 30 000 Mark belaufen.

Kommunistische Bürgermeister wiedergewählt. Schwanenberge. Das Gemeindeordnetenkollegium von Schwanenberge wählte mit 6 gegen 5 Stimmen den von der KPD angehenden Bauermeister Wolf zur weiteren Amtszeit als Bürgermeister. Wolf war schon im vorigen Jahr einmal gewählt, aber von der Gemeindeammer nicht anerkannt worden. Er wurde nach seiner vorjährigen Wahl bekanntlich durch die Polizei aus dem Gemeindeamt entfernt, in das er sich begeben hatte, um wiederholtig vor seiner Befähigung die Leitung der Gemeindegeschäfte zu übernehmen.

Zuchthaus wegen Unterschlagung im Amt. Plauen i. V. Der Staatsförster Kurt Medler aus Brunnhörsa wurde vom Gemeinamen Schöffengericht zu 1 Jahr 9 Monaten Zuchthaus und 100 Mark Geldstrafe oder weiteren fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Kasse des Försters, die der Angeklagte neben einem Geschenkbuch der Großfamilie zu führen hatte, hatte in den Jahren 1927 bis Ende Mai 1930 einen Fehlbetrag aufzuweisen, der nach und nach auf 8000 Mark angewachsen und in einer Höhe von mindestens 7500 Mark durch Unterschlagung entstanden war.

Die Kraftwagenbesitzer Leipzig-Halle. Leipzig. In der Schriftenreihe des Leipziger Ratsherrensamms „Leipziger Verkehr und Verkehrsplanung“ ist Joseph ein Vortrag von Dr. Ing. Herbert Götter-Halle über die Finanzierung von Kraftwagen in der Bau- und Finanzierungs-erfahrungen bei der Aut-Ausloste Bonn-Köln, die befaßt mit der Fertigstellung entgegensteht. Die Ausschüsse für die Aut-Ausloste (Straßenbau) zwischen Leipzig und Halle. Ergänzt wird das von Stadtmagistrat Dr. Schurig-Leipzig bearbeitete Ergebnis der Kraftverkehrs-erhebungen vom 5. bis 7. Juni 1931 veröffentlicht. Darnach ergibt sich auf der heutigen Landstraße Leipzig-Halle ein durchschnittlicher Kraftfahrzeugverkehr von täglich etwa 1000 bis 1100 Fahrzeugen in beiden Richtungen.

Noch kein Abschluß der fälschlichen Autolösung. Wir erfahren von maßgebender Seite, daß die Meldungen, wonach die Verhandlungen über den Zusammen- schluß von Amdt, DAWB, Horch und Wanderer bereits abgeschlossen und die entsprechenden Verträge unterzeichnet seien, den Tatsachen voraussetzt. In der vor einigen Tagen in Dresden abgehaltenen Sitzung der beteiligten Gesellschaften und Banken wurden die Grundlinien der Verträge ausgearbeitet, die die Basis für die abschließenden Verhandlungen bilden sollen.

Der Erbschein.

Von Justizobersekretär Wülker in Dsnobrück. Mancher „glückliche Erbe“ ist wohl schon in die Lage gekommen, sich über sein Erbrecht ausweisen zu müssen. Namentlich Behörden benötigen sich häufig nicht damit, daß der Erbe sich auf sein Erbrecht beruft, sondern verlangen einen Nachweis besitzen. Um diesen erbringen zu können, hat das Bürgerliche Gesetzbuch den Erbschein geschaffen. Er stellt ein Zeugnis des Nachlassgerichts dar, welches dem Erben auf seinen Antrag über sein Erbrecht und gegebenenfalls auch über die Größe seines Erbschnitts erteilt wird. Zur Geltung eines solchen Antrags ist jeder Erbe berechtigt, gleichgültig, ob er gesetzlicher Erbe oder durch Testament berufen ist. Kommen mehrere Erben in Frage, so kann jeder einzelne Erbe, unabhängig von dem Willen der anderen, den Antrag stellen. Eine bestimmte Form ist dafür nicht vorgeschrieben, so daß der Antrag auch privatchriftlich gestellt werden kann. Doch ist wegen der mannigfachen Formvorschriften zu empfehlen, die Hilfe des Gerichts oder einer rechtskundigen Person in Anspruch zu nehmen.

Unsere

Spielwaren - Ausstellung

nur Markt 3

ist eröffnet und enthält auch in diesem Jahre eine ganz besonders reichhaltige Auswahl in

Spielsachen jeder Art

Alles, was Kindern Freude bereitet, vom Kleinsten bis zum Größten, finden Sie bei uns in großer Auswahl und zu denkbar billigsten Preisen. Bitte besichtigen Sie unsere Ausstellung. Warten Sie jedoch nicht bis kurz vor dem Fest!

Richard Arnold :-: Kemberg

An den 3 Sonntagen vor Weihnachten von 11 bis 18 Uhr geöffnet.

Zunehmen ist in dem Antrage zunächst der Zeitpunkt, an dem der Erblasser verstorben ist; ferner hat der Antragsteller darzulegen, auf welchem Verhältnis sein Erbrecht beruht, z. B. also daß er das Kind des Erblassers ist. Sodann muß angegeben werden, ob und welche Personen vorhanden sind oder waren, durch die er von der Erbfolge ausgeschlossen oder sein Erbteil gemindert werden würde. Wer sich also mit Geschwistern die Erbschaft teilen muß, ist verpflichtet, die Zahl der Miterben zu nennen. Schließlich muß er auch noch angeben, ob und welche Verfügungen von Todes wegen der Erblasser hinterlassen hat und ob ein Nachtestament über das Erbrecht anhängig ist.

Den Tod des Erblassers muß der Antragsteller durch eine landesamtliche Sterbeurkunde nachweisen. In gleicher Form muß er das Verhältnis beweisen, auf dem sein Erbrecht beruht. Ist also z. B. der Vater gestorben und von der Mutter zu 1/2 und den beiden Söhnen zu je 1/4 beerbt worden, so hat — falls der eine Sohn der Antragsteller ist — er noch die Heiratsurkunde seiner Eltern sowie seine Geburtsurkunde und die seines Bruders vorzulegen. Jedemfalls muß die Größe seines Erbteils sich aus den beigebrachten Urkunden einwandfrei ermitteln lassen. Die Richtigkeit

der übrigen im vorigen Abzug bezeichneten Angaben muß er durch eine eidesstattliche Versicherung erhärten, die vom Gericht oder Notar zu beurkunden ist. Sie hat dahin zu lauten, daß ihm nichts bekannt ist, was der Richtigkeit seiner Angaben entgegensteht. Nur unter besonderen Umständen, z. B. wenn die Tatsachen dem Gericht schon anderweitig bekannt geworden sind, kann das Gericht die Versicherung erlassen.

Mehreren Erben wird auf Antrag ein gemeinschaftlicher Erbschein erteilt, in welchem alle Erben sowie die Erbteile angegeben werden. Auch wird, falls ein Testamentvollstrecker ernannt ist, die Ernennung in den Erbschein aufgenommen.

Durch den Erbschein kann sich der Erbe als solcher ausweisen. Der Erbschein gilt solange als richtig, als seine Unrichtigkeit nicht erwiesen ist. Das könnte z. B. vorkommen, wenn der Erblasser, weil er lange Zeit verstorben war und deshalb für tot erklärt ist, tatsächlich aber noch lebt. In solchem Falle müßte das Nachlassgericht den Erbschein einziehen oder, wenn das nicht sofort möglich ist, ihn durch Beschluß für kraftlos erklären.

Es ist auch zulässig, den Gültigkeitsbereich des Erbscheins dahin einzuschränken, daß er nur zur Verfügung über bestimmte Gegenstände dienen soll. Besonders häufig kommt das vor, wenn der Erbschein lediglich zur Verfügung über eine Hypothek oder Grundschuld gebraucht wird. In diesem Falle wird der Erbschein nicht dem Antragsteller ausgefertigt, sondern dem zuständigen Grundbuchamt zur Aufbewahrung bei den Grundakten übergeben. Durch diese Maßnahme kann der Antragsteller eine nicht unwesentliche Kostenersparnis erzielen. Denn die Gebühren richten sich dann nur nach der Höhe der Hypothek bzw. Grundschuld, während bei einem allgemein gültigen Erbschein die Höhe des gesamten Nachlasses (nach Abzug der Schulden) für die Gebührenberechnung maßgebend ist.

Kirchliche Nachrichten.

Mittwoch, den 2. Dezember, abends 7 Uhr **Beichte und heiliges Abendmahl.** Propst Veitram.

Dienstag abends 8 Uhr **Bibelstunde** im Bürgeraal. Prediger Westermann-Bittenberg. Hierzu wird herzlich eingeladen.

Zur **Stollenbäckerei** empfehle **feinstes Weizenmehl** lose und in 5 Pfd.-Beuteln **Bäckerei Ernst Wend Konditorei**

Als 1 Gutscheine gilt



jede Umhüllung der 5er-Packung von **MAGGI** Fleischbrühe-Würfeln, — auch wenn sie noch nicht mit Gutscheine-Aufdruck versehen ist. — Es gelten aber nicht als Gutscheine die Umlegestreifen der einzelnen Fleischbrühe-Würfel.

Rugholz-Auktion

Schöna.

Donnerstag, den 3. Dezember 1931, 10 Uhr, kommen in der „**Weintraube**“ in **Gräfenhainichen** öffentlich meistbietend zum Angebot aus **Revier Schöna:**

Rahschlag Jag. 19a (Grüner Straße) 323 Revierräume Kl. 1a—4b = 207,71 im Durchforstungen und Totalität. Jag. 15—27 361 Revierräume Kl. 1a—4b = 191,14 im Näheres und Lizen durch

von **Bodenhausen'sche Forstverwaltung Schöna, Bez. Halle/S.**

Morgen Dienstag früh 8 Uhr

Speckfuchen

Ernst Wend

Morgen Dienstag früh 1/8 Uhr

ff. Speckfuchen

Nachmittags 2 Uhr frische Pfann- und Spritzfuchen

Ernst Wendt

Empfehle frisch eingetroffen Schellfisch :: Goldbarsch Fischfilet

Grüne Heringe

ff. Matjesheringe Vollbücklinge, Spotten ger. Schellfisch, Codscheringe

Richard Tempelhof, Tel. 256

Empfehle Dienstag früh frischen Schellfisch

frischen Goldbarsch frischen Fischfilet

Grüne Heringe

Ww. C. Heinicke, Anhalterstr. 15 Telefon 356

Frisch eingetroffen frischer Schellfisch

Kabeljau Goldbarsch Fischfilet

Grüne Heringe

zu besonders billigen Preisen empfiehlt Paul Miertzschke

Wagenfett

Stauferfett Lederfett Lederlack

Motoröle empfiehlt Wwe. W. Becker

Die über Frl. J. Meier ausgeprobenene Beleidigung nehme ich hiermit als unwahr reuevoll zurück.

F. Appelt.

Bahnhofswirtschaft

Kemberg Jeden Dienstag

Stat.-Abend.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Bund deutsch. Kriegsteilnehmer E. V.

Dienstag, den 1. Dezember, abends 8 Uhr im Bürgeraal

Bersammlung

Vollzähliges und pünktliches Erscheinen erbeten Der Vorstand

Für den Winter

empfehle

zu billigsten Preisen

Lodenjoppen - Windjacken - Strickwesten - Pullover Handschuhe - Herrensocken - Wolle Damen- und Kinderstrümpfe Strickkleidung für Damen und Mädchen in neuen Farben Damen-, Herren- und Kinderhemden in weiß und farbig Schläpfer in großer Auswahl - Unterhosen für Damen und Herren Betttücher - Schlafdecken - Strickwolle von billiger bis besser Qualität Herren-Hosen in Manschetter, Pilot und Halbwole.

Filz pantoffeln und Filzschuhe

J. G. Glaubig

Erwerbslosen

abgebauten Beamten, Kaufleuten usw., auch Damen in Städten und auf dem Lande, die vorwärts streben und sich ohne Risiko

guten Verdienst

schaffen wollen, bietet **Mittelstandskrankenkasse mit neuzeitlichen Einrichtungen**

infolge Umorganisation eine

Kreisvertretung

an. Es werden **Höchstprovisionen** und **Zuschüsse** gewährt. Auf Wunsch steht vorbereitetes Adressenmaterial zur Verfügung.

Angebote von wirklich befähigten Kräften und gutbezahlenden Damen und Herren werden erbeten unter **Schließfach Nr. 313, Halle a. d. S. 2**

Grosser

öffentlicher

Aufklärungs-Vortrag

mit Lichtbildern

nach Dr. Schumann-Düsseldorf über

alle Krankheiten, deren Verhütung u. Bekämpfung

findet am **Dienstag, den 1. Dezember, abends 8 Uhr** in der **Hopfenblüte (Em. Jerner)** statt.

Selbst in veralteten, hoffnungslosen Fällen ist fast immer Heilung möglich

Keine Apparate! Keine Gifte

Eintritt frei

Am **Donnerstag, den 3. Dezember 1931** abends 8 Uhr spricht im **Blauen Saal**

Pg. Alökner

über

Das wahre Gesicht Sowjetrußlands und seine Erlebnisse in der Tscheka.

Den Anhängern der **KPD** wird Gelegenheit gegeben, sich über das Sowjetparadies zu unterrichten

Unkostenbeitrag **20 Pfennig**

N. S. D. A. P. Ortsgruppe Kemberg

Redaktion, Druck und Verlag: Richard Arnold, Kemberg — Fernsprecher Nr. 203

Markt-Drogerie

Der geehrten Einwohnerschaft von Kemberg und Umgebung zur gefl. Kenntnisnahme, daß ich am 1. Dezember 1931 im Hause des Hotel „**Blauer Saal**“ eine Drogerie unter dem Namen

Markt-Drogerie

eröffne. — Auf Grund langjähriger Sachkenntnisse ist es mir möglich, Sie in allen vorkommenden Fragen auf das Gewissenhafteste zu beraten. Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, Sie durch zünftige Preise und reelle Bedienung zu unterstützen und bitte Sie, mein Unternehmen mit Ihrem Besuche beehren zu wollen.

Hochachtungsvoll

Paul Hennig

Markt-Drogerie Kemberg, Markt

Drogen, Farben, Photo-, Haushaltartikel

Öle und Fette

zum **Weihnachts-Fest** empfehle

in nur besten Qualitäten **Honigkuchen und Lebkuchen** lose und in Packungen

Baumbehang

Sarotti-

Marpzianfrüchte und Scherzartikel — Spitzkuchen Dominosteine, Herzen, Konfekt, Schokolade, Kakao — Größte Auswahl —

Bäckerei **Ernst Wend** Konditorei

Kreuzstrasse 11

Sämtliche **Schlachte-Gewürze** billigt bei **J. G. Glaubig**

Zum **Hausschlachten** empfiehlt sich **Willi Fehse, Burgstraße**

Gerstenschrot sehr preiswert, empfiehlt **Thiele, Mühle Gaditz**

Weizenmehl prima Qualität - niedriger Preis **Thiele, Motormühle, Gaditz**

Rum ist der Beste!

Steil

Rum ist der Beste!

Steil

Rum ist der Beste!

Steil

Rum ist der Beste!

Steil

Rum ist der Beste!

Steil

Rum ist der Beste!

Steil

Rum ist der Beste!

Steil

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: Landmanns Sonntagsblatt und „Mittleres Unterhaltungsblatt“. Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt: Betriebsführung Streik usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenweise Preiskategorie oder deren Raum 15 Pfg., die Spaltenweise Zeilenweise 40 Pfg., Ausnahmefälle 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen in bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unbedingte Gewähr. / Schriftliche oder durch Fernsprecher angegebene Anzeigen sind keinerlei Garantie übernommen. / Beleggebühr: 10.— Mk. das Aaabend, süßlich Polzeibrief. / Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 142

Dienstag, den 1. Dezember 1931

33. Jahrg.

Verkaufssonntage.

Für den Weihnachtsgeschäftsvorkehr in nunmehr auch der 3. Sonntag vor Weihnachten freigegeben worden. Die hiesigen Geschäfte sind somit am 6., 13. und 20. Dezember von 7 $\frac{1}{2}$ —8 $\frac{1}{2}$ und von 11—18 Uhr zum Verkauf geöffnet. Kemberg, den 30. November 1931.

156] Der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde.

Nach der Polizeiverordnung über Kleinbahnen ist das **Betreten des Bahnkörpers** insbesondere das Uebersteigen des Gleises an anderen Stellen als an den Uebergängen, **verboten** und strafbar. Kemberg, den 28. November 1931.

157] Der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde.

Preussischer Landtag.

Berlin, 28. November

Die Sitzung des Preussischen Landtages stand im Zeichen umfangreicher Abstimmungen. Vor Eintritt in die Tagesordnung verlangten die Kommunisten sofortige Beratung ihrer Anträge auf Aufhebung des Verbots des Notens Frontkämpferbundes und aller Weintrüchtigkeit der Presse und Redefreiheit sowie angeblicher Mißstände in der Erziehungsanstalt Templin. Die Beratung schickte am Widerstand der Sozialdemokraten, der von den Kommunisten mit Stimm zurück wurde.

Der Landtag nahm hierauf die Wahl seines Präsidenten vor, für die von der sozialdemokratischen, als stärksten Fraktion des Hauses der Abg. Wittmaack vorgeschlagen ist.

Die Ausscheidung ergab die Wahl des Abg. Wittmaack (Magdeburg (Sax.)) mit 250 Stimmen. Abg. Wittmaack (Sax.) ist er begibt sich sofort auf den Platz des Präsidenten und dankt in einer kurzen Ansprache dem Hause für seine Wahl. Dabei gibt er unter Bezugnahme der Regierungsparteien das Versprechen ab, sein Amt in voller Unparteilichkeit ausüben zu wollen und erkennt die besondere Verdienste des Präsidenten an, auch die Rechte der Minderheit wahrzunehmen. Unter der Leitung des neuen Präsidenten legt das Haus die Erledigung seiner Tagesordnung fort.

Der Antrag des Geschäftsausschusses auf Aufhebung der Immunität des Abg. Labendorf (Wirtschaftsp.) zum Zweck der Freigabe der Strafuntersuchung wegen des Zusammenbruchs der Berliner Grundbesitzerbank wird angenommen.

Annahme findet auch der umfangreiche Antrag des Hauptauschusses zur Sissnahmen gegen Unwetterbeschäden in Nord-Sachsen, im Kreise Ratibor, ferner im südlichen Teil Sachsens, im Kreise Wittenberg, sowie für das Amt Wittenberg, im Kreise Wittenberg.

In namentlicher Abstimmung wird dann der deutsch-nationale Mißtrauensantrag gegen den Kultusminister Grimme mit 219 Stimmen der Regierungsparteien gegen 173 Stimmen der Opposition abgelehnt.

Das Haus nimmt schließlich die Abstimmung über die neue Geschäftsordnung vor.

Abg. Teller (Str.) beantragt zunächst bei den neuen Paragraphen 123 abzufassen, wonach namentliche Abstimmung nur erfolgen kann, wenn der Antrag von mindestens 30 anwesenden Abgeordneten unterzeichnet ist. Dieser Paragraph solle nach seiner Annahme sofort in Kraft treten und bei den namentlichen Abstimmungen Anwendung finden.

Nach längerer Debatte findet ein Antrag auf namentliche Abstimmung über den Zentrumsantrag Billigung. Es wurden nur 208 Stimmenten abgegeben. Das Haus ist also beschlußfähig.

Vizepräsident Dr. von Kries teilt hierauf mit, daß die nächste Sitzung am 15. Dezember stattfinden werde. Die Oppositionsparteien nehmen diese Mitteilung mit lebhaftem Beifall auf.

Des Reiches Winterhilfe.

Dietrich und Schiele im Haushaltsauschuß.

Berlin, 28. November

Im Haushaltsauschuß des Reichstages sprach u. a. auch Reichsfinanzminister Dietrich über die Winterhilfe, wobei er erklärte, die Regierung sei bereit, eine Verbilligung der für die Ernährung notwendigen Produkte zu ermöglichen, und teile mit, daß sich einige Rentiere bereit erklärt haben, Kopfen umsonst zur Verfügung zu stellen, andere liefern sie zu verbilligten Preisen.

Das Reich sei bereit, noch 12 Millionen Mark bereitzustellen, um die freiwillige Aktion der Kohlenproduzenten zu verstärken.

So werde es möglich sein, die zwei Millionen Tonnen, die von den verfallenen Rentieren angeboten würden, noch einmal um 6 Mark pro Tonne zu verbilligen.

In der Brotpreisfrage sei eine Verbilligungsaktion im Gange, ebenso bei den Kartoffeln.

Die Lage der Viehproduzierenden Landwirtschaft sei katastrophal geworden. Die Reichsregierung sei bereit, für die Verbilligung des Fleisches 15 Millionen RM aufzumenden, damit die Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit billigem Fleisch für die Dauer von drei Monaten sichergestellt sei.

Reichsernährungsminister Schiele wies darauf hin, daß zur Verbilligung der Kartoffeln im Interesse der Winterbemittelten und Erwerbslosen in Berlin bereits Abmachungen zwischen dem Groß- und Kleinhandel getroffen seien. Die Winterbemittelten erhielten bei den Kleinhandlern Kartoffeln zu einem um 85 bis 90 Pfennig je Zentner verbilligten Satz.

Beim Brotpreis sei, zum Beispiel Berlins ausgehend, in fast allen Großstädten eine Preisentzug für die Erwerbslosen eingetreten.

Wirtschaftsfragen der Gegenwart.

Die Stellung des Reichsverbandes der Industrie. Auf der Hauptauskunftung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie befaßte sich der neue Vorsitzende Dr. Krupp von Bohlen und Halbach mit der gegenwärtigen Wirtschaftslage. Eine Besserung wäre nur möglich, wenn alle an der Weltwirtschaft beteiligten Länder zusammenarbeiten. Die innere Sanierung wäre möglichst schnell durchzuführen.

Namens einer Anzahl Verbände des Handels und der Industrie wandte sich der Redner scharf gegen die in letzter Zeit besonders häufig aufgetretene Verhöhnung von Treue und Glauben zum Schaden der Allgemeinheit.

Dr. Krupp forderte dann auch von der Privatwirtschaft und dem Einzelnen die Ausgaben einzuschränken.

Die Frage der Reichsreform. Erfordere Schritte, die von dem Finanz zu einer sparsamen, überflüssigen und einseitigen Verwaltung diktiert sind. Dann erklärte der Redner:

Der Reichsverband wird sich nach wie vor jederzeit von der Überzeugung leiten lassen, daß das Schicksal der deutschen Landwirtschaft von höchster nationaler Bedeutung ist. Gleiches gilt auch gerade für den Teil der Industrie selbst, der unter den Begriff der mittleren und Kleinindustrie fällt. Der Reichsverband hat bereits in den letzten Jahren sich besonders der Hilfe der Mittel- und Kleinindustrie angenommen, und ich werde mich auf dieser Linie gleichfalls mit allen Kräften einsetzen.

Der Vortragende wandte sich dann den außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Aufgaben zu. Der Reichsverband lehne selbstverständlich den Verfall der Vertrag ab.

Es müsse im Interesse der europäischen Völkergemeinschaft eine Lösung gefunden werden, die dem fruchtbarsten Zusammenarbeiten aller Völker einen neuen Auftrieb gebe.

Zur Währungsfrage übergehend, erklärte der Redner: Das Präsidium des Reichsverbandes hat in seinen beiden letzten Sitzungen einmütig und entschieden den Standpunkt angenommen, daß

die deutsche Währung unter allen Umständen erhalten bleiben müsse.

Für Lockerung der Preisbindungen



mungen im Kreditumlauf des östlichen Wirtschaftsgebietes bei gutem Willen aller beteiligten Stellen endgültig behoben sein, zumal die Reichsamt sich daraufhin zu jeder weiteren Kreditgewährung bereit erklärt hat.

Ruhrschiedspruch verbindlich.

Erklärungen des Seidenverbandes.

Berlin, 29. November.

Im Reichsarbeitsministerium haben die Nachverhandlungen über die Verbindlichkeitsklärung des Ruhrschiedspruchs für den Ruhrbergbau stattgefunden, bei welchem der Vertreter des Seidenverbandes die Erklärung abgab, daß die Erlösverpflichtungen von März bis September 1931 für jede Tonne 1,32 Mark betrage.

Es wäre mit Sicherheit zu erwarten, daß infolge der Auswirkungen der Pfundkrise eine weitere Verschlechterung eintreten müßte. Ohne Senkung der Selbstkosten sei daher keine Möglichkeit gegeben, die Krise zu überwinden.

Er gehe durchaus einig mit den Ausführungen des Schlußgutachtens des Wirtschaftsbeirates der Reichsregierung, wenn er angeht die Forderung, daß eine Senkung der Steuern und öffentlichen Lasten zur Zeit nicht möglich ist. Eine Senkung der Arbeitslosenverlängerung. Die Senkung müsse, wenn sie überhaupt wirksam sein sollte, sofort eintreten.

Der Ernst der Lage sei nicht besser zu fassen, denn als durch die freimüßige Erklärung, daß eine Kombination der Lebenshaltung und die allgemeine Wirtschaft nicht in dem Maße gefährdet, wie die finanzielle Lage und der Bestand der Werke durch die Beibehaltung dieser Selbstkosten gefährdet seien.

Der Ruhrbergbau sei in der Lage, alle Feierschichten abzuarbeiten, wenn er zu dem Entschluß komme, von neuem 25 bis 30 000 Arbeiter zu entlassen. Das wolle er nicht verantworten. Das Opfer, das durch die feierschichten aufzuerlegt werde, sei von beiden Gruppen, Unternehmern und Arbeitnehmern zu tragen.

Der Reichsarbeitsminister hat den Schiedspruch, der die jetzt gültige Lohnordnung bis 31. Dezember 1931 ohne jegliche Veränderung verlängert, für verbindlich erklärt.

Beamtenbund und Wirtschaftsbearbeit.

Anzufriedenheit der Beamtenhaft.

Berlin, 29. November

In einer Mitteilung des Deutschen Beamtenbundes, die sich mit dem Ergebnis der Verhandlungen des Wirtschaftsbearbeiters der Reichsregierung befaßt, heißt es unter anderem:

Dieses Ergebnis, das die Grundlagen einer neuen Notverordnung bilden soll, hat auch die deutsche Wirtschaft auf sich schwerer entlastet. Wiederrum hängt die schärfste weitere Lohn- und Gehaltsföhrungen aus dem Ergebnis der Verhandlungen des Wirtschaftsbearbeiters heraus, während anderer Möglichkeiten zur Beilegung der Wirtschaftskrise, insbesondere die Frage einer wirksamen Preisentzug nur sehr problematisch behandelt wurde.

Allgemein sind die Beamtenbezüge unter den Stand gehalten. Den seit 1927 vor der Neuregelung hatten. Dazu kommt, das wesentliche und unumgängliche notwendige Ausgaben des Beamtenhaushaltes gegenüber dem Stand vor der Beilegungsneuregelung erheblich verteuert sind. Der geschäftsföhrnde Vorstand ist der Auffassung, daß die vom Wirtschaftsbearbeiter empfohlene weitere Einschränkung der Lebenshaltung und der Kaufkraft der Beamten und der übrigen Arbeitnehmerkategorien die allgemeine Not verschärft, wie die bisherigen Erfahrungen beweisen.

Demgegenüber fordert er durchgreifende geldgeberische Maßnahmen zur Senkung der Preise, Mieten, Zinsen und öffentlichen Lasten. Insbesondere verlangt er die Beilegung der wirtschaftlich unterdrückten Preisbindungen, der preissteigernden Zollpolitik und der übertriebenen Handelspannen, damit endlich die Preisentzug die Einkommensentzug unterschreitet.

Gefahren für den Kirchenfrieden.

Ein Erlass des Berliner Evangelischen Oberkirchenrates.

Berlin, 29. November

In einem Rundbrief an die Konfirmanden befaßt sich der Evangelische Oberkirchenrat der altpreussischen Union mit den Gefahren, die aus der wachsenden Verjährung der politischen und wirtschaftlichen Gegensätze für den Frieden des kirchlichen Gemeindelebens erwachsen. In diesen Zeiten der Spanne ist die Kirche „der von Gott gegebene Sammelplatz der Einheit und Einigkeit“. Diese Einheit dürfe nicht gefährdet werden.

Die Oberste kirchenbehörde legt allen Geistlichen, kirchlichen Körperschaften und Gemeindegliedern die hohe Verantwortung dafür aufs Gewissen, daß der Frieden des Gemeindelebens und die Weisheit des Gottesdienstes keine Störung erleiden. Der Pfarrer müsse sich innerlich und äußerlich seines Amtes unbefangenen des Rechts der freien Mei-